

19. Wahlperiode

---

## **Änderungsantrag**

der AfD-Fraktion zum

### **Dringlichen Antrag auf Annahme einer Entschließung**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP

#### **Solidarität mit den Menschen im Iran** Drucksache 19/0711

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

---

### **Solidarität mit den Frauen im Iran – Kopftuchzwang und Islamismus immer und überall bekämpfen**

Das Abgeordnetenhaus stellt fest:

Anlass der Proteste im Iran ist das gewalttätige Vorgehen der iranischen Religionspolizei gegen Frauen und Mädchen, die gegen die islamischen Kleidungs Vorschriften verstoßen. Mahsa Amini wurde in Polizeigewahrsam getötet, weil sie ihr Kopftuch angeblich nicht richtig getragen hätte. Seitdem sind über 400 Iraner und Iranerinnen bei den Protesten gegen die islamische Theokratie gewaltsam ums Leben gekommen.

Eine Solidaritätsbekundung gegenüber den protestierenden Menschen im Iran darf den tatsächlichen Anlass der Proteste nicht ausklammern. Die mutigen Frauen und Mädchen im Iran gehen

auf die Straße, weil sie nicht länger bereit sind, die geschlechterspezifischen Kleidungs Vorschriften des islamischen Mullah-Regimes zu akzeptieren. Sie wollen nicht länger Kopftuch tragen müssen.

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- sich dafür einzusetzen, dass das gewaltsame Vorgehen der iranischen „Sicherheitskräfte“ im Iran eingestellt wird,
- dafür Sorge zu tragen, dass Frauen und Mädchen auch in Deutschland nicht zum Tragen eines Kopftuchs gezwungen werden,
- das staatliche Neutralitätsgebot zu achten,
- die Finanzierung verfassungsfeindlicher Organisationen wie dem Berliner Rat der Imame einzustellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist über das Vorhaben bis zum 31. März 2023 zu berichten.

Berlin, den 1. Dezember 2022

Dr. Brinker Gläser Auricht  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion